

EKD-Ratsvorsitzende Bischöfin Dr. Margot Käßmann
zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt

www.tristan-abromeit.de

Text 78.1

7. Januar 2010

An die
Landesbischöfin und EKD-Ratsvorsitzende
Frau Dr. Margot Käßmann
Haarstraße 6

30169 Hannover

per E-Mail landesbischoefin@evlka.de

„Käßmann erntet Kritik aus Union und SPD“, HAZ, 4. 1. 2010

„Käßmann spricht mit Gutenberg - Militärbischof unterstützt die EKD-Ratsvorsitzende“,
HAZ, 6.1.2010

„Wulff nimmt Käßmann in Schutz – Regierungschef lobt Anstoß der Bischöfin zu
Afghanistan-Einsatz, Schünemann spricht von Naivität“, HAZ 7. 1.20010

Sehr geehrte Frau Dr. Käßmann,

aus Respekt vor und Zuneigung zu Ihnen, der Bischöfin, die mir durch die Medien vermittelt wird, und in der Hoffnung, daß die Evangelische Kirche nicht so blind unsere Gesellschaft in die nächste Katastrophe rennen läßt wie in der Vorhitlerzeit¹, schreibe ich diese Zeilen. Ich fordere nicht (ich habe keine Forderungen zu stellen) und bitte auch nicht (weil ich das fast für nutzlos halte) um mehr Lichterketten gegen Radikalismus, Unfrieden und Ungerechtigkeit in der Welt, sondern weise nur darauf hin, daß Sie und Ihre Kirche massiv an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn Sie und Ihre Glaubensschwestern und -brüder nicht tiefer in die den Un-

¹ Diese Hoffnung treibt mich an, wie das Haferbüschel, das dem Esel mit Hilfe einer Stange – die auf seinem Rücken befestigt ist – vor die Nase gehängt wurde. Er strebt nach dem Büschel, erreicht es nie und zieht so die Last, die ihm angehängt wurde.

frieden verursachende Ökonomie im Sinne der Selbst- und Fremdaufklärung eindringen. Bei der Suche nach Unterstützung für die Klärungsarbeit können Sie sich nicht allein auf Vorstände von Unternehmen und auf Wirtschaftswissenschaftler verlassen, denn viele ihrer Mitglieder sind entweder Gefangene des Rentabilitätsgebotes oder solche von geistigen Gefängnissen. Im Grunde gilt es eine Untergrundbewegung wie in Zeiten der Diktatur zu organisieren, diesmal zur Befreiung der Menschen aus den ökonomischen Unzulänglichkeiten, die wie Fesseln wirken. Wie weit evangelische Akademien und Heimvolkshochschulen dabei behilflich sein können, hängt auch davon ab, wie weit sie aus der Mitte der Kirche und ihren Rändern geforderter werden und wie weit sich ihr Personal vor den geistigen Gefängnissen hüten konnte.

So als sei es eine Vorbereitung auf meinen erneuten Brief an Sie, habe ich über Weihnachten Pinchas Lapides „Wie liebt man Feinde?“ gelesen. Es ist ein Text, der mir über eine E-Mail-Liste vermittelt worden ist. Zwei aktive Christen hatten sich darüber unterhalten, ob das Tötungsverbot absolut oder relativ gilt. Ich will mit meiner Stellungnahme diesen Brief nicht unnötig ausdehnen und hänge sie deshalb als Anlage an, so daß der Text bei Interesse gelesen werden kann.

Die von Lapide vermittelten Handlungsempfehlungen oder -gebote von Jesus leuchten mir ein und ich halte sie auch von Individuen (wenigstens partiell) einhaltbar. Wenn die Kirchen Vereinigungen wären, die ausschließlich auf die einzelnen Menschen ausgerichtet wären, dürfte sie keine großen Schwierigkeiten mit den Themen Gewalt, Tötung und Krieg haben. Die Schwierigkeiten beginnen doch erst damit, daß die Kirchen auch auf Machterhalt und -ausdehnung bedachte Organisationen sind, die bewußt die Nähe zum Staat suchen.

So wie ein gläubiger Gefängnisinsasse einen Anspruch auf geistlichen Zuspruch hat, so hat auch der gläubige Soldat einen solchen Anspruch. Aber sobald dieser geistliche Zuspruch von der Kirche in Verbindung mit dem Staat organisiert wird, wird der geistliche Zuspruch zum Bestandteil einerseits des Strafvollzuges und andererseits zum Bestandteil der psychologischen Kriegsführung. Die Kirchen können dann nicht mehr ihre Hände in Unschuld waschen, sie werden Erfüllungsgehilfen des Urteilsvollstreckers oder des Kriegsherrn.

Ich will nun nicht alle oben angeführten Artikel diskutieren, sondern ich nehme Ausschnitte aus dem HAZ-Bericht von Klaus von der Brölie vom 4. Januar, um einzelne Absätze zu kom-

mentieren. Danach komme ich zu Themen, die selten oder gar nicht in den Zeitungen zu lesen sind.

VON KLAUS VON DER BRELIE

Hannover. Das Nein der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ist bei Regierungs- und Oppositionspolitikern auf scharfe Kritik gestoßen. Die EKD-Ratsvorsitzende und hannoversche Landesbischöfin Margot Käßmann hatte in ihrer Neujahrspredigt gesagt: „Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Aber Waffen schaffen offensichtlich auch keinen Frieden in Afghanistan.“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erinnerte am Wochenende daran, dass die deutschen Soldaten im Auftrag der Vereinten Nationen (UN) gegen die Taliban kämpften. Diese internationale Zusammenarbeit aufzukündigen, „wäre mit meinem Verständnis von globaler Verantwortung nicht vereinbar“, sagte Schäuble.

Weder eine Entscheidung einer demokratischen Regierung, noch die eines Parlamentes und auch nicht eine Entscheidung der Vereinten Nationen ist als unfehlbar anzusehen. In der Abrechnung mit dem Naziregime wurde die Berufung der Deutschen als Kollektiv oder als Einzelpersonen auf Gesetzestreue oder den Befehlsnotstand nicht gelten gelassen. Auch einem deutschen Politiker oder Soldaten von heute muß abverlangt werden, daß er sein Gewissen prüft, ob es ihm den Einsatz in Afghanistan erlaubt oder nicht. Das Ausweichen auf das, was andere sagen oder tun, ist auch hier nicht gestattet. Daß das in vielen Fällen eine Überforderung des jeweiligen Ichs ist, ist mir klar, hebt aber den Anspruch nach einer Gewissensprüfung nicht auf. Ich halte es für einen Mißbrauch einer Religion, wenn diese in ihrer Organisationsform – Kirche genannt – dazu benutzt wird, Gewissensbisse zu eliminieren. Außerdem muß auch bei UN-Beschlüssen gefragt werden, wer hat mit welchen Motiven dafür und dagegen gestimmt.

Der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose sagte, Käßmann vertrete „die Position der Linkspartei“ und habe Unrecht: „Wenn die internationale Gemeinschaft in Afghanistan scheitert, würde das mit Sicherheit zu einer neuen Welt terroristischer Anschläge führen.“

Haben die Russen in Afghanistan auch schon den Terrorismus bekämpft? Die Offenlegung der Motive der Konfliktparteien wäre eine Voraussetzung für eine rationale Beurteilung der Vorgänge. Ein militärischer Sieg der Nato kann auch ein Förderungsprogramm für eine Expansion des Terrorismus sein, weil die unterlegenen Kämpfer ohne wirkliche Befriedung ja nicht einfach klein begeben werden (und nicht alle umgebracht werden können) und sich daher ein neues (dezentrales, internationales) Schlachtfeld suchen werden.

Außerdem: Würde die EKD, wenn sie sich zu einer Abteilung der SPD erklären würde, die richtigen Positionen vertreten? Die Mitglieder der EKD haben nach eigenen Einsichten zu entscheiden (und das wird schon schwierig genug sein, wenn man die gruppendynamischen Prozesse, die Rücksichten - die das Führungspersonal der Kirchen zu nehmen hat - und die unterschiedlichen Ansichten in einem solchen Gremium bedenkt) und nicht nach irgendwelchen Parteilinien.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, fragte; „Wer soll die Rechte afghanischer Frauen schützen, wenn die Nato abzieht?“ Eine „radikalpazifistische Position“ verhindere die Durchsetzung von Menschenrechten am Hindukusch.

Soll die NATO, soll Deutschland überall, wo die Rechte der Frauen tatsächlich oder nur nach unserer Meinung unterdrückt werden, Soldaten hinschicken. Abgesehen davon, daß es bei der Befreiung von Unterdrückung so ist wie in der Psychotherapie, daß die Unterdrückten und die Leidenden erst einmal Ihren eigenen Willen zur Befreiung und Emanzipation entwickeln müssen, bevor ihnen von außen geholfen werden kann, ist doch zu fragen, wie es um den Schutz der Staaten für ihre innere Angelegenheiten bestellt ist, wo die Respektierung des kulturellen Anderssein bleibt, wenn beliebig mit Militär von außen eingegriffen werden kann und soll, um unsere Vorstellungen von Kultur durchzusetzen. Sicher sollten uns allen die Menschenrechte am Herzen liegen. Aber wie weit sind diese Rechte denn bei uns entwickelt. Was kann die Würde eines Menschen mehr verletzen, als Situationen, die ihm nicht erlauben, durch seine Hände Arbeit sich und die seinen zu ernähren? Und wenn wir an die geschichtliche Ausbreitung des christlichen Glaubens denken, dürfen wir uns dann für eine Zwangsmission in Sachen Menschenrechte stark machen? Und war die Einführung der Demokratie in

der BRD nicht ein Oktroy ², daß man dem Verhalten der Bürger heute noch anmerkt? Eine Freie Gesellschaft kann keine Zwangsbeglückungsanstalt sein, weder nach innen noch nach außen.

Der Vorstand der Grünen-nahen Heinrich Böll Stiftung, Ralf Fücks meinte:
„Auch Nichthandeln kann schuldig machen. Protestantische Verantwortungsethik ernst zu nehmen hieße deshalb, Kriterien für einen legitimen Bundeswehreinsatz aus der Sicht der Kirche zu diskutieren.“

Selbstverständlich: Auch ein Nichthandeln kann wie ein falsches Handeln schuldig machen. Millionen Menschen wurden um ihr Lebensglück betrogen oder mußten vorzeitig sterben, weil die Grünen über ein Vierteljahrhundert eine offene Ökonomiediskussion verhindert und somit die ökonomische Basis für eine friedlichere Welt sabotiert haben. Außerdem: Kein Pastor, kein Theologieprofessor, kein Bischof und kein kirchliches Gremium hat das Recht, einen Christen zu verpflichten, zur Waffe zu greifen. Aber soweit ich christliche Lehren verinnerlicht habe, sage ich, jeder Christ hat das Recht, sich der Waffe zu verweigern. Wenn es so sein sollte, daß die Mehrheit der Christen mit der Gewaltanwendung kein Problem hat, dann steht fest, daß sie sich weit von ihren geistigen Wurzeln entfernt hat. Und soweit es noch eine Minderheit von Pazifisten unter den Christen gibt, haben diese Anspruch auf den Beistand ihrer Bischöfe. Und Politiker, die eine Bischöfin nicht aushalten, die in vorsichtiger Weise Bedenken gegen einen fragwürdigen Militäreinsatz vorträgt, sind sich der Richtigkeit ihrer Politik nicht sicher und fürchten nur um die Wirkung ihrer lügenhaften Propaganda. Die Verteidigung von Deutschland am Hindukusch ist nur eine beschönigende Umschreibung der Vasallentreue gegenüber den USA.

Oberst Ulrich Kirsch, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, sagte dieser Zeitung, Käßmanns Nein zum Afghanistan-Einsatz schaffe nur neue Frustrationen für deutsche Soldaten. „Es wäre besser gewesen, wenn Käßmann vor ihrer Predigt das Gespräch mit den Soldaten über ihre schwierige Aufgabe gesucht hätte“, sagte Kirsch. Käßmanns Vorgänger an der Spitze der EKD, Bischof Wolfgang Huber, habe sich immer klar zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr bekannt, hob der Vorsitzende des

² Das ist keine rechtsradikale Aussage, sonder ein Urteil hoch angesehener Zeitzeugen.

Bundeswehrverbandes hervor.

Wird da der Kummer der in Afghanistan eingesetzten Soldaten zum Ausdruck gebracht oder wird befürchtet, daß der Selbstzweifel der Soldaten – der sicher vorhanden ist – verstärkt wird, so daß Soldaten beginnen zu desertieren oder auf andere Weise beginnen, sich zu verweigern? Von einer Bischöfin, die sich zum Kriegseinsatz in Afghanistan äußert, kann man doch annehmen, daß sie sich vorher informiert hat. Die Forderung von Oberst Kirsch klingt so, als hätten Sie sich vorher von den Soldaten eine Genehmigung einholen sollen, was Sie sagen dürfen und sollen und was nicht. Oder will der Oberst versteckt andeuten, daß das heutige Militär wegen der komplizierten Technik, die zu bedienen ist, nicht mehr mit Alkohol bei der Stange gehalten werden könne und daher eine andere Droge bedürfe und dabei verkennt, daß eine Religion nur durch ihren Mißbrauch zu einer Droge wird.

„Das Geschäft mit dem Krieg kennt keine Krise“. Dieser Artikel aus der FAZ vom 11. 12. 09., den ich als Kopie zugesandt erhielt, befindet sich im Anhang. Er ist für mich hier das Eingangstor für die Betrachtung des Militärs und des Krieges von der ökonomischen Seite her.

Ich will die Menschen gar nicht friedlicher schildern, als sie tatsächlich sind. Wenn es aber unter anderem von ihren ökonomischen Bedingungen – unter denen sie leben – abhängt, ob ihre Antriebskraft *Aggression* destruktiv oder konstruktiv ausgelebt wird, dann haben wir nicht den neuen Menschen zu fordern (was ja einen Zweifel an Gottes Schöpfung ausdrücken würde), sondern wir haben die Verhältnisse zu ändern (wozu uns Gott den Verstand gab). Aber anzunehmen, daß Menschen gleich welcher Staatszugehörigkeit, sich freiwillig massenhaft zu Kriegerern ausbilden lassen und bereit sind, Kriegsoffer zu erbringen, um die Rentabilität von Aktiengesellschaften zu sichern, ist irrig. Daher müssen auch um die Mittelzufuhr für den Komplex Verteidigung / Krieg auch immer neue Greuelgeschichten erfunden werden, um die Menschen für das böse Geschäft gefügig zu machen. Geschichten von der Bedrohung der eigenen Religion, der Schändung der eigenen Frauen, der Verspeisung von Kindern, dem Abdrehen des Gashahns und der Bedrohung durch Hunger und Kälte müssen erfunden werden und gepflegt werden, damit die Menschen den Totschlag des Mitmenschen mit einer anderen Sprache oder Uniform nicht mehr als Mord sehen. (Wirkliche schreckliche Vorkommnisse sind die Stütze einer solchen Propaganda.) In keinem Bereich der Politik wird so gelogen, manipuliert und verdrängt wie im Militärkomplex. Wenn das jenseits der eigenen Grenze mit entgegengesetzter Zielrichtung genauso ist, so ist das trotz aller Friedensbeteuerungen eine

willkommene Haltung des „Feindes“, weil sie das eigene Geschäft mit dem Bedrohungspotential erleichtert.

Warum wird die Friedensbeteuerung schon bei der Lautformung zur Lüge? Ist es die Lust mit dem Bösen? Oder sind es Systemzwänge? Da schon die Verneinung der Frage nach Systemzwängen ein Weg in die Hoffnungslosigkeit wäre, plädiere ich für Systemzwänge. Diese Systemzwänge liegen aber auch offen zu Tage, man muß gar nicht über sie spekulieren, das Analysieren reicht vollkommen, um zu erkennen, wenn man denn will..

Abgesehen von den Missionaren aller Weltanschauungen, die auf eine Zwangsmission und Zwangsbeglückung setzen und einen kleinen Teil des Unfriedens in der Welt zu verantworten haben, liegen den kalten und heißen Konflikten in dieser Welt zwei Quellen von Ursachen zugrunde: a) das geltende Bodenunrecht, daß den Menschen keinen gleichberechtigten Zugang ihrer Lebensgrundlage und zu den Ressourcen dieser Erde gibt und b) das Geld, ohne das es keine Arbeitsteilung als ökonomische Existenzvoraussetzung gibt. Das Geld in seiner historisch gewachsenen Form macht aber seine Funktionsfähigkeit von einem Tribut, der Rendite, dem Zins abhängig. Es ist religiös gesprochen, ein Werk des Teufels. Dessen Hilfe die Kirchen mittels ihre propagierten Stiftungen auch in Anspruch nehmen. Daher: „Niemand kann zwei Herren dienen: Entweder er wird den einen hassen und den andern lieben, oder er wird an dem einen hängen und den andern verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ – [Mt 6,24](#) [Lut](#) (Wikipedia). Die Kirchenführer denken aber offensichtlich, daß es hier doch einen Kompromiss gibt und wundern sich über ihren Glaubwürdigkeitsverlust.

Ein Tribut bewirkt aber immer eine Bereicherung der Wenigen und eine Entreichung der Vielen oder anders formuliert: Der Zins ist eine Übertragung vom Einkommen der Arbeit auf das Kapital, das Geld – das trotz aller Sparkassen- und Bankenwerbung nicht arbeiten kann, weil es unfruchtbar ist. Die Konsequenzen sind enorm: 1. Arbeit gibt es nur, wenn sie die Tributpflicht erfüllen kann. 2. Frieden gibt es nur, solange die Tributpflicht erfüllt wird. 3. Ökologische Belange können im Rahmen des geltenden Bodenrechts und unter tributpflichtigem Geld nur in engbegrenztem Rahmen eingehalten werden. 4. Das geltende Bodenrecht erzwingt immer neue Kriegserklärungen der von den Quellen ausgeschlossenen an die Quellenbesetzer. 5. Die Tributpflicht des Geldes (und die davon abgeleitete Tributpflicht des Realkapitals) kann sich nur in der Situation der Knappheit von Geld- und Sachkapitalknappheit durchsetzen. Die Rüstung und der Krieg sind die Mittel, um diese Knappheit zu sichern oder wieder herzustellen. In Zeiten der Unterbeschäftigung können dann den Bürgern mit dem Ar-

gument der Arbeitsplatzschaffung die scheußlichsten Mordinstrumente als Segensbringer „verkauft“ werden.

Mit dem von uns beanspruchten Attribut der offenen und demokratischen Gesellschaft sollten wir eigentlich in der Lage sein, diesen ganzen ökonomischen Nebel zu durchdringen. Wir sind es offensichtlich nicht. Woran liegt das?

Es grüßt

Tristan Abromeit

N. S. #

Sehr geehrte Frau Dr. Käßmann,

da Sie meine Stellungnahme in Form eines Briefes nicht angefordert haben und auch selber sicher immer mehr Schriftmaterial vorliegen haben, als sie verarbeiten können, kann ich nicht erwarten, daß Sie das Ergebnis meines Nachdenkens lesen. Es ist aber ein zu frustrierender Gedanke, daß eine Mitarbeiterin Ihres Büros, meine Bemühungen einfach mit einem Klick ins Nirgendwo befördert. Ich sende daher diesen Brief auch an die Evangelische Akademie Loccum und an das Forschungsinstitut für Philosophie Hannover (egal, ob diese Institutionen mich als Absender mögen oder nicht), an die Pastorin Elisabeth Gülich, die sich redlich in der hiesigen Kirchengemeinde einsetzt und an die Mitglieder der E-Mail-Listen, an der ich beteiligt bin. Ich agiere nach dem Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“ auch wenn es nach unserem Zeitempfinden eine Ewigkeit dauert, bis die Aushöhlung sichtbar wird und bis genügend Menschen begreifen, daß es eine bessere und Frieden stiftende Ökonomie gibt. TA

Anhänge: Das Geschäft mit dem Krieg kennt keine Krise, FAZ 11. 12. 09

Stellungnahme zu: Pinchas Lapide: Wie liebt man seine Feinde?

Von TA, Weihnachten 2009